

Volksstimme

Einzelpreis 35.00 Mf.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Paull, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Eiden, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Paull, Magdeburg, Große Kärntnerstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 951. Postzustellungsnummer 2, Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 700,00 Mf. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 670,00 Mf. — Anzeigengebühr: Die in der ersten Normatelseite 80,00 Mf., auswärts 110,00 Mf., in der zweiten Seite 50,00 Mf., auswärts 70,00 Mf. Kleinanzeigen 10 Mf. pro Zeile, wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postkontokonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 7.

Magdeburg, Mittwoch den 10. Januar 1923.

34. Jahrgang.

Am Donnerstag marschieren sie.

Wd. Paris, 9. Januar. Das Pariser Blatt „Deuvre“ meldet: Am Donnerstag früh 5 Uhr werde die Vorhut der Armee des Generals Degoutte die Grenze der neutralen Zone von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort überschreiten. Zu der Stunde, da der Ministerpräsident auf die Kammertribüne steigt, hätte sie schon ihre Gewehre auf den öffentlichen Plätzen Essens zusammengestellt.

Am die alliierte Zusammenarbeit zu markieren, werden belgische Soldaten die französischen begleiten, ebenso italienische Ingenieure die französischen und belgischen Ingenieure. —

Ein neuer Krieg beginnt.

Clemenceau soll jüngst geäußert haben, es gäbe zwei Dinge, die gänzlich überflüssig seien: das eine sei der menschliche Blinddarm, das andre — Monsieur Poincaré! Über der Blinddarm wird zur Lebensgefahr, wenn er sich entzündet, und Herr Poincaré ist entzündet und droht, für Europa lebensgefährlich zu werden. Denn darüber darf man sich nicht täuschen: Herr Poincarés Absichten mögen sein, welche sie wollen, und er, der von Oekonomien nichts versteht, mag sich einbilden, als Jurist Pfänder nehmen zu müssen, wenn es sich um Schuldennachlaß handelt. In der Wirkung bedroht seine Politik den europäischen Frieden und die europäische Wirtschaft mit einer schweren Katastrophe.

Wie wäre die europäische Situation, wenn Poincaré seine Politik durchführte, nach einem Jahre? Die Antänne mögen unscheinbar sein. Einige tausend Soldaten im Ruhrgebiet, ein paar Städte besetzt, und dazu einige hundert französische Zöllner und Ingenieure. Deutschland werden die Zolleinnahmen genommen, die Kohlenverteilung in französische Hände gelegt. Es kommt — unermesslich sicherweise — zu Zwischenfällen, Störungen, Konflikten. Es rücken die Soldaten nach. Es rücken Ingenieure nach; deutsche Beamte werden ausgewiesen, französische treten an ihre Stelle. An der Ostgrenze des besetzten Gebiets wird eine Zollgrenze aufgerichtet; die administrative, militärische, wirtschaftliche Abschirmung des wichtigsten europäischen Industrie- und Rohstoffgebiets beginnt sich zu vollenden. An Stelle wirtschaftlicher Vereinbarungen zwischen deutschen und französischen Industriellen ist ein französischer monopolisierter Montantrust getreten, der jeder andern industriellen Kombination überlegen ist und der französischen Schwerindustrie eine übermächtige Stellung in der Welt sichert.

Die Okkupation hat die kriegerische Stimmung verstärkt, die Stellung des Generalstabs befestigt, dem Militarismus entscheidenden politischen Einfluß gegeben. Die Beherrschung des größten mitteleuropäischen Eisen- und Kohlenzentrums, zugleich mit der der entscheidenden Eisenbahnlinien und Wasserwege bedeutet unmittelbar die militärische Herrschaft auf dem Kontinent, der sich weder Belgien und Italien, weder Polen oder die Tschechoslowakei entziehen können. Ist dann, selbst wenn Herr Poincaré unterdessen zum überzeugten Pazifisten geworden, noch die Vorstellung möglich, daß Frankreich eine pazifistische Politik treiben, daß es freiwillig herausgeben wird, was ihm nicht gehört? Oder würde ein so starkes Machtzentrum nicht den immanenten Gesetzen einer militärischen Machtorganisation gemäß in immer härteren Gegenatz geraten, vor allem zu seinem großen Widerpart, zu England?

Anlässe zu einer solchen Entwicklung sind gegeben. Frankreich hat die Ungarn-Türkei gegen England unterstützt und unterstützt sie in Lausanne. Frankreich hat ein militärisches Bündnis mit Polen und bemüht sich, die kleine Entente in seinem militärischen Kreis zu erhalten. Frankreich unterstützt das italienische Misolinitis, der bemüht ist gegen Jugoslawien die Ansprüche des italienischen Nationalismus durchzusetzen und deshalb mit dem nationalen Gorthu-Plan an Verbündeten anknüpft, die nur allzuleicht der Ruhe Südosteuropas gefährlich werden können. Als stärkste und beherrschende Militärmacht wird schließlich Frankreich früher oder später von einem Aufstand umgeben werden, das sich vor allem als Gegner Englands fühlt. Zugleich aber peitocht das gewalttätige Vorhaben Frankreichs in Mitteleuropa alle nationalen Konflikte auf, zerbröckelt jede Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung und tötet jede Aussicht auf die Erlösung aus dem militärischen Alldruck.

Herr Poincaré mag nur an Pfänder denken, er entfesselt, mag er es wissen oder nicht, neue unheilvolle Kriegsmöglichkeiten, er entfesselt den

künftigen Krieg. Das ist die Verantwortung, die er übernimmt, das ist die Verantwortung, die alle tragen, die seine Politik unterstützen oder sie nicht hindern.

Deshalb muß zunächst immer wieder gesagt werden: Deutschland ist zu jeder Verständigung, zu jeder Regelung der Reparationsfrage auf wirtschaftlicher Grundlage bereit. Es ist bereit, bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit zu gehen, es ist bereit, Garantien und Pfänder zu geben sowohl durch seine Staatseinnahmen als durch Sicherstellung auf seine Wirtschaft. Es ist nur zu einem nicht bereit, sich der Annexionspolitik zu unterwerfen und die wichtigsten deutschen Industriestätten preiszugeben und seine Bewohner zu opfern.

Ein solcher Standpunkt liegt nicht nur in deutschem, sondern auch in internationalem Interesse. Denn mit dem Frieden gefährdet die französische Politik zugleich und in noch gefährlicherer, nicht wieder gutzumachendem Maße die Weltwirtschaft. Die französischen Maßnahmen würden die deutsche, ohnehin so empfindliche Wirtschaft aufs schwerste treffen. Die Störung und Minderung der Kohlenenerzeugung und Kohlenzufuhr werden eine schwere Krise erzeugen, die deutsche Währung wird weiter sinken, die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes rapid zurückgehen.

Das bedeutet aber die Minderung der deutschen Kredit- und Zahlungsfähigkeit. Die französischen Berechnungen der Erträge aus den Pfändern sind trügerisch und illusionär. Sie sind an die Voraussetzung des unge störten Fortgangs der deutschen und europäischen Wirtschaft geknüpft, eine falsche Voraussetzung. Die Erträge werden nicht mehr ausreichen, um die Kosten der Pfändnahme zu decken, sie werden aber das sichere Resultat haben, die deutsche Zahlungsfähigkeit auf lange Jahre hinaus zu vernichten. Nur als Machtpolitik ist die französische Politik überhaupt zu begreifen, als Wirtschaftspolitik ist sie nicht zu verstehen.

Daher der Widerstand Englands und der Vereinigten Staaten. Sie wissen, daß nur die Herstellung des Wirtschaftsfriedens und der Sicherheit Deutschlands befähigen kann, seine Kreditfähigkeit wiederherzustellen, die Mark zu stabilisieren, das Budget zu ordnen und so Reparationszahlungen zu leisten. Sie wissen, daß nur ein vollproduzierendes Deutschland wieder ein aufnahmefähiger Absatzmarkt und damit die Weltwirtschaft wieder sanfter werden kann. Aber mit der Erkenntnis allein ist es nicht getan. Alles hängt davon ab, ob diese Einsicht auch Taten zeugen wird. Beginnt erst das Unheil seinen Lauf, dann ist ihm schwer Einhalt zu tun. Wenn ja, so heißt es hier, dem Anfang widerstehen.

Die deutsche Regierung muß mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, daß sie ihrerseits bereit ist, jedes amerikanische Vorgehen zu unterstützen durch die feste Entschlossenheit, jede wirtschaftliche Lösung anzunehmen, die irgendwie erträglich ist. Das wird auch jenen Teil der französischen Politik beeinflussen, der heute Herrn Poincaré gewähren läßt, ohne Vertrauen in seinen Erfolg, aber ohne Zutrauen in ihre eigene Kraft. Immer wieder muß die französische öffentliche Meinung vor die Wahl gestellt werden, ob sie wirklich eine militärische Machtpolitik, die große Kosten und große Gefahren bedeutet, der dauernden wirtschaftlichen Zusammenarbeit vorziehen will.

Krieg und Kriegsgefahr ist also der Einatz, um den dieses Pfänderpiel geht. Für die Arbeiterklasse aber erwächst die große Aufgabe, in dieser entscheidenden Situation nicht untätig zu bleiben. Ein neuer Krieg beginnt. Es bleibt ein Krieg, auch wenn Deutschland sich nicht gewaltsam wehren wird. Es ist die Aufgabe der gewerkschaftlichen und der wiedererwachenden politischen Internationale, den Kampf gegen diesen Krieg zu organisieren. Vier Jahre nach seinem Friedensschluß führt der Kapitalismus seine Welt in neue Wirren, in neues Unheil. Klagen wir an, bereiten wir uns vor, das Urteil zu vollziehen!

Dr. Rudolf Hilferding.

Dollar: 10300.

Die alliierte Reparationskommission ist am Montag nachmittag in Paris zusammengetreten und hat mit dem Verhör der angeklagten Deutschen begonnen. Vor den Schranken des Gerichtshofs erschienen die von der deutschen Regierung bestellten Sachverständigen in Kohlenfragen. Die Vernehmung wurde am Montag noch nicht beendigt; sie soll am Dienstag fortgesetzt und abgeschlossen werden. Danach wird sofort die Kommission ihr Urteil sprechen.

Dieses Urteil steht schon fest. Es wird aufschuldig lauten. Deutschland ist schuldig, im Jahre 1922 den Franzosen einige Zentner Kohle und Koks zu wenig geliefert zu haben und mit Absicht zu wenig geliefert zu haben. Das Urteil wird mit drei gegen eine Stimme — die Stimme des englischen Vertreters — gefällt werden.

Das alles steht schon fest. Das Verhör der Deutschen ist eine lächerliche Farce. Wie's ausgeht weiß jedermann. Die, die vernehmen, und die, die vernommen werden. Poincaré wird das Urteil sofort für vollstreckbar erklären, denn er braucht einen „Rechtsgrund“, um seine Ingenieure und Zollbeamten, an deren Spitze seine Regimenter mit Kanon, Aufschneidern und Fliegergeschwadern in Bewegung zu setzen. So steht ein Rechtsgrund aus bei den Nachkommen derer, die einst die Menschenrechte gegen die feudalmilitärische Gewalt proklamiert haben.

Und dann wird das Schicksal seinen Lauf nehmen wie nach jeder Kriegserklärung. Wie auch nach 1914, bis ein November 1918 folgte. Diesmal gegen Poincaré und seine nationalistische Räuberbande.

Deutschland kann sich gegen die brutale Gewalt mit der Gewalt nicht wehren. Es kann nur seine Proteste gegen den Vertragsbruch, den Druck und die Drohung in die Welt schreien. Allmählich wird diese Welt Ohren bekommen, die da hören, und erkennen, daß der französische Militarismus und Imperialismus um kein Haar besser ist als der deutsche, der den Haß dieser Welt in langen Friedens- und Kriegsjahren auf sich gezogen hat. Die Sympathien, die für Frankreich bestanden, werden jäh noch weiter schwinden, bis sie ganz verschwunden sind.

Reichskanzler Cuno hat mit den Protesten den Anfang gemacht. Er hat den Vertretern der amerikanischen Presse eine würdige Erklärung abgegeben. Sie wird in Amerika und in der ganzen übrigen Welt — nur in Frankreich nicht — gelesen werden. Sie lautet: ...

Die alliierten Ministerpräsidenten haben bei ihren Pariser Beratungen über die Reparationsfrage unsere Vorschläge nicht hören wollen und über ihre eigenen Vorschläge sich nicht äußern können. Die Lösung des Problems ist von neuem ausgeschlossen. Frankreich scheint sich zu dem Versuch anzusetzen, seine Ansprüche im Wege des Zwanges, der Gewalt durchzusetzen.

Dabei hat es den Anschein, als ob man in einigen Kreisen Frankreichs wirklich glaubt, durch solchen Zwang Reparationsleistungen von uns erhalten zu können. Jede Zwangsmaßnahme wird den Tod der wirtschaftlichen Reparationen bedeuten. Denn so sehr wir bereit waren und es auch noch heute sind, freiwillig und gerührt auf unsere Bittschaft mit unsern Leistungen bis an die Grenze unserer wirtschaftlichen und finanziellen Kraft zu gehen, so wenig sind wir willens, uns irgend einem Zwange zu beugen. Unsere Bereitschaft zur freiwilligen Leistung des Möglichen haben wir durch die Tat bewiesen. Wir haben damit das Unre getan und sind zum Frieden bereit. Das deutsche Volk wird aber, wenn es sein muß, ebenso entschlossen den Weg des Lebens gehen. Unter Druck und Drohung werden wir nicht handeln.

Wir können der Gewalt nicht mit Gewalt entgegenreten. Was wir aber in voller Entschlossenheit und in voller Uebereinstimmung mit dem deutschen Volke tun können, das ist, die wirtschaftliche Unberuhmung und die Rechtlosigkeit des französischen Vorhabens der Welt in ihrem wahren Sinne zu zeigen. Gewalt bleibt Gewalt. Frankreich versucht die geplante Aktion mit dem Schein des Rechtes zu umkleiden, indem es von „Sanktionen“ und „Pfändern“ spricht, die in den Bestimmungen des Versailler Vertrags ihre Stütze haben sollen. Aber der Vertrag von Versailles, so ungeschicklich er auch sonst ist, geht nicht so weit, den Alliierten beliebige Ein-

griffe auf deutsches Gebiet zu gestalten. Zur Sicherung der Reparationsforderungen hatten die Alliierten für bestimmte Zeit das Rheinland besetzt, eine Garantie, wie sie früher und brüderlich wohl in keinem Friedensvertrag zwischen Kulturvölkern festgesetzt worden ist.

Wenn Frankreich jetzt auf seine Faust noch weiter gehen will, wenn es im besetzten Gebiet sich nicht in den Schranken des das Besatzungsrecht regelnden Abkommens halten oder wenn es sogar seine Hand noch über das Rheinland hinaus auf unbezogenes deutsches Gebiet legen will, so ist das nicht die Ausübung eines vertraglichen Rechtes, sondern ist Vertragsbruch und Gewalt gegen ein wehrloses Volk.

Cunos Protest wird vorläufig keine sichtbare Wirkung ausüben. Ebenjowenig die Proteste der Rheinländer und der übrigen Deutschen, die in den letzten Tagen massenhaft erhoben worden sind. Ebenjowenig die Anfragen, die in den nächsten Tagen gegen die französische Ruffgier und Verschüldung vernommen werden.

Es wäre nötig, daß noch mehr geschieht, um Frankreich sichtbar in der neutralen Welt ins Unrecht zu setzen. Das Reichskabinett hat am Montag eine Sitzung abgehalten. Wir erfahren aber noch nicht, ob irgend eine positive Abwehrmaßnahme beschlossen oder gar in die Tat umgesetzt worden ist. Die Heimlichkeitspolitik der völksparteilichen Regierung ist vom Uebel. Sie schläfert ein, anstatt aufzuwachen. Erst am Mittwoch tritt der Auswärtige Ausschuss des Reichstags zusammen, vor dem Cuno Bericht erstatten will. Werden wir dann wenigstens etwas von den Plänen der „Wirtschaftsführer“ erfahren oder wird auch dann Vertraulichkeit proklamiert und die Kenntnis den Ausschussmitgliedern vorbehalten bleiben?

Poincaré wird am Donnerstag in Kammer und Senat seine große nationalpolitische Rede halten.

England wird ihn nicht hindern. Es verlegt sich einseitig auf Abwarten. Die Engländer haben ja mehr Gemütsruhe dazu als die Deutschen. Aber die Amerikaner haben einen Vermittlungsvorschlag gemacht. Sie wollen ihre Kommission von Finanzleuten durchdrücken, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands endgültig abschätzen sollen. Die französische Regierung wird den Vorschlag zu den Akten legen. Die Kugel ist aus dem Lauf, sie wird weiter laufen.

Der erste sichtbare Erfolg der Dollar ist am Dienstag; auf 10 300 g stiegen! Zum erstenmal auf mehr als 10 000! Das sieht ganz danach aus, wie wenn die Deutschen bald ihre Kriegskosten an Frankreich zahlen können. —

Die Großen gegen die Kleinen.

Zu dem Artikel eines Landwirts im Kreise Osterburg über die Getreidemalage sendet uns Dekonomierat Dr. Felix Goesch folgende Berichtigung: „Die „Volkstimme“ bringt in der Nr. 261 vom 10. November 1922 in dem Artikel „Die Großen gegen die Kleinen“ Behauptungen über die Vorgänge im Kreise Osterburg bei der Ausführung der Getreidemalage, die, soweit sie sich mit meiner Person beschäftigen, nicht den Tatsachen entsprechen und die ich hiermit richtigstelle:

Die „Volkstimme“ behauptet, daß ich „ein Mann sei, der über 400 Morgen Weiz habe, davon den größten Teil allerbeste Weizen und Weiden“. — Hierzu ist zu sagen: Mein Weiz umfaßt einschließlich Wald, magern Acker, Regen, Wasserflächen, Weiden, Hofräumen, 44 Arbeiterwohnungen mit Gärten und Stallungen 271 Morgen. Die Bedeutung der Weizen geht daraus hervor, daß ich laut Grundregister 184 Suder Gar einbringen konnte und nur

meinen eignen Viehstand zeitweise recht knapp auf den Weiden zu ernähren vermochte.

Weiterhin soll ich einen „wilden Kampf gegen die Verfügungen des Oberpräsidenten in der Landwirtschaftskammer geführt haben“. Es ist lediglich an der Hand eines sachlichen Materials über die Verhältnisse der verschiedenen gearteten Bezirke des Kreises Osterburg und über die Lage aller Besitzgrößen von mir referiert worden. Dieses Material liegt dem Oberpräsidenten vor.

Ich soll „Führer der deutschnationalen Landbändler und im Kreisaußschuß des Kreises Osterburg uneingeschränkter Herrscher sein“. Ich bin jedoch niemals Mitglied des Kreisaußschusses gewesen, noch habe ich eine Führerstellung im Landbünd.

Es soll eine Bevorzugung von „Goesch und Genossen“ bei der Getreidemalage stattgefunden haben. Das ist unklar. Die Betriebe in der sogenannten „Wische“ sind vielmehr, sowie der Kreis Osterburg im allgemeinen — abgesehen von Ausnahmen, zu denen mein Betrieb nachweislich nicht gehört — bis zur Existenzunmöglichkeit überlastet.

An alle Behörden soll ich geschrieben haben und zu allen hingelaufen sein. Hieran ist nur wahr, daß eine Versammlung der landwirtschaftlichen Kreisvertretung unter Hinzuziehung des „Bauernbundes“ und des „Landbundes“ einmütig beschloß, den Bauernhofbesitzer Herrn Stoffregen in Driedau und mich mit der Vertretung des überlasteten Kreises Osterburg bei den einschlägigen Behörden zu beauftragen. Diesem Auftrag sind wir beide pflichtgemäß nachgekommen.

Es ist also nicht richtig, daß „die Großen gegen die Kleinen“ gewesen sind, sondern gemeinsam sind alle gegen die Überbelastung des Kreises Osterburg aufgetreten.

gez.: Dr. Felix Goesch.

Auch diese Berichtigung entspricht, wie die erste, deren Aufnahme von uns abgelehnt wurde, immer noch nicht den preßgesetzlichen Anforderungen. Trotzdem nehmen wir sie auf, um dem Herrn Rittergutsbesitzer angefaßt der „Notlage“ der Landwirtschaft weitere Kosten zu ersparen. Er wird uns sicher dafür dankbar sein. Auf den Kern der Sache geht die „Berichtigung“ nicht ein. Wir haben behauptet, daß Herr Goesch sich scharf gegen die Verteilung der Umlage nach der landwirtschaftlichen genutzten Fläche gewandt hat, weil das für die großen Güter ungünstiger ist als die Verteilung nach der Getreideanbaufläche. Diese Behauptung hat Herr Goesch nicht berichtigt. —

Mark und Frank sinken.

Die drohende Ruhrbekämpfung läßt die Mark weiter sinken, den Dollar und mit ihm alle andern ausländischen Zahlungsmittel weiter steigen. Der Dollar, der vor Weihnachten sich unter 7000 hielt, und mit einem Kurs von 7300 das alte Jahr abschloß, ist in der ersten Woche des neuen Jahres wieder auf den Stand von 8700 gestiegen und beendete sie mit einem Kurs von 9540. Am ersten Tage der neuen Woche stieg er vorübergehend auf 9500. Wie bald, und er hat die 10 000 überschritten!

Diese Verteuerung der fremden Zahlungsmittel reicht aus, um die wichtigsten Auslandslebensmittel und die Preise am freien Getreidemarkt in die Höhe zu treiben und auch einige besonders „geschäftstüchtige“ Industrien zu Preiseraufhebungen zu veranlassen. Im Verhältnis zu der Markverschlechterung bei ähnlichen früheren außerpolitischen Krisen aber ist sie vor-

läufig noch gering. Offenbar liegt die internationale Spekulation unter dem Eindruck der Tatsache, daß die Drohungen Poincarés diesmal zum erstenmal in bewußtem Gegensatz zu den Auffassungen Englands und Amerikas erfolgen. Die Erfüllungspolitik des früheren Kabinetts Wirth hat eben den Erfolg gezeigt, daß wenigstens ein Teil der Entente, und zwar der zahlungskräftige Teil, der zugleich Gläubiger der übrigen Entente ist, sich von der Leistungsunfähigkeit Deutschlands überzeugt hat und eine Politik des Ausgleichs sucht.

Es wäre verfrüht, zu hoffen, daß diese neue Gruppirung der Mächte Frankreich veranlassen wird, von dem Versuch einer Durchführung seiner rigorosen, auf Eingriffe in die politische und wirtschaftliche Hoheit des Reichs abzielenden Pfänderpolitik abzusteigen. Aber der Versuch geschieht diesmal im Zeichen eines Konflikts Frankreichs mit seinen Gläubigern, und ist schon deshalb zur Ausichtslosigkeit verurteilt.

Wären also schwere wirtschaftliche Erschütterungen von der Außenpolitik her immer noch zu befürchten, so ist es doch keineswegs zu verwundern, daß die übliche Markpanik ausgelassen ist, und daß statt dessen der Kurs des französischen Frank wieder einmal ins Schwanken gebracht worden ist. Noch sind keine Kursverluste gering. Aber es gehört wirklich wenig Prophetengabe dazu, um vorauszuweisen, daß Frankreich über kurz oder lang den Weg des Wirtschaftskrisen und Deutschlands gehen muß, wenn es auf der internationalen Zusammenarbeit an der Ueberwindung der Kriegsfolgen verzichtet und statt dessen mit Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland, die niemals die erwarteten Erträge bringen können, sein Staatsdefizit decken will.

Jedenfalls ist jetzt von der Besserung der Mark, die irrtümlich als ein Erfolg des Kabinetts Cuno von den Bürgerlichen gebührend gefeiert wurde, nichts mehr zu hören. Im Inland drängen die Preise weiter nach oben. Neue riesige Mengen Papiergeldes sind im letzten Jahre in den deutschen Wirtschaftskörper hineingepumpt worden und wirken auf die Preise ein. Nach dem jetzt vorliegenden Ausweis der Reichsbank betrug der Banknotenumlauf am Jahresende 1280 Milliarden Mark, mehr als 1/4 Billionen gegen nur 113,6 Milliarden am Ende des Jahres 1921, er hat sich also auf das Fiffache erhöht. In ähnlichem Verhältnis, nämlich von 132 auf 1181,5 Milliarden Mark ist auch der Vorrat der Reichsbank an Reichsschatanweisungen, die vom Kapitalmarkt nicht aufgenommen werden, angewachsen. Die fortgesetzte Ausgabe von Papiergeld und die anhaltende Schuldenwirtschaft des Reiches lassen den innern Markt auch dann nicht zur Ruhe kommen, wenn die Valuta zeitweilig günstiger steht.

So schreitet die Teuerung unaufhaltbar weiter fort, während das Unternehmertum den berechtigten Lohnforderungen einen verstärkten Widerstand entgegensetzt. Infolge der Schwächung der Kaufkraft stockt aber der Absatz im Inland, und die lange erwartete Krise schiebt unmerklich. Durch die neue Verschlechterung der Mark ist freilich wieder eine gewisse Anregung für den Export gegeben, der aber deshalb nicht genügend ausgenutzt werden wird, weil die Inlandpreise auf vielen Gebieten über die Weltmarktpreise hinausgegangen sind und die Industrie keine Miene macht, den Preisabbau einzuleiten. Im Gegenteil versucht der Kohlenbergbau es weiter mit seinem alten Rezept, die Lohnforderungen der Bergarbeiter durch Preissteigerungen auf die

Kleines Feuilleton.

Gaffadenbemalung im 18. Jahrhundert.

Einen wichtigen Beitrag zu der vielbesprochenen Frage der Gaffadenbemalung liefert das im Verlag von Georg Müller in München erschienene Werk über „Die fürstlich-sächsische Residenz zu Würzburg“ herausgegeben von Richard Sebaldier und Emil Pflüger, in dem sich einmal deutlich erhebt, daß die Gaffadenbemalung früher ganz anders war.

Man hat häufig die „herliche orangefarbene Farbe“ des Gaffades herab, aus dem der Würzburger Hofherren gebildet ist. Diese Behauptung ist nur wahrhaftig aus dem veralteten Schlosserbuch heraus, in dem der moderne Reich und insbesondere der moderne Adel ganz gewöhnlich als Baumaterial steht. Man ist der Gaffaden in erster Linie „herliche Farbe“, „herliche Farbe“ herab, aus dem der Würzburger Hofherren gebildet ist. Diese Behauptung ist nur wahrhaftig aus dem veralteten Schlosserbuch heraus, in dem der moderne Reich und insbesondere der moderne Adel ganz gewöhnlich als Baumaterial steht.

Man hat häufig die „herliche orangefarbene Farbe“ des Gaffades herab, aus dem der Würzburger Hofherren gebildet ist. Diese Behauptung ist nur wahrhaftig aus dem veralteten Schlosserbuch heraus, in dem der moderne Reich und insbesondere der moderne Adel ganz gewöhnlich als Baumaterial steht. Man ist der Gaffaden in erster Linie „herliche Farbe“, „herliche Farbe“ herab, aus dem der Würzburger Hofherren gebildet ist. Diese Behauptung ist nur wahrhaftig aus dem veralteten Schlosserbuch heraus, in dem der moderne Reich und insbesondere der moderne Adel ganz gewöhnlich als Baumaterial steht.

Sie sind ein finstlich schwebendes Geschlecht und nicht mehr geboren, warde Farben in der Tafelkultur zu ertragen; daher die Bewunderung des grünlichen Sandsteins am Reichsbau. Im 18. Jahrhundert war dieser Stein überzogen mit einem herlich leuchtenden warmen Ockerrot, der Grundfarbe der Paradenarchitektur, der architektonischen Gliederungen aber, Pfeiler, Gurt- und Giebelornamente, Deckungsbauwerke, Tür- und Gebälk setzten sich hell, weiß überglanzend ab. Die Figuren, Tropfen und Rosen auf der Fassade, in den Giebeln und auf dem Ehrenhof-gebäude, die Ornamente und die Wappen in den Einseiten-gehäusen an den Balkenenden des Ehrenhofes, die Vorhangen und die Festschilde waren leuchtend weiß, die Attribute der Figuren, die Kränze auf den Schenkeln, die Girlande auf den Ohrläppchen, die Kränze auf den Stirnen, alle Wetterfahnen, Schmuckstücke und kleinen Ornamente brennend. Die unglücklichen Schmuckstücke waren endlich verächtlich, als bunte Punkte zu einer grotesken Seite gestellt. Darüber der blaue Himmel leuchtete und die Würzburger Sonne, welche die übergrauen Schmuckstücke aus dem tiefen Schatten der gewaltigen Säulen herauslockte, ließ ein eigenes Leben verströmen, das ihnen ein hellen Licht schenkte, welche die Festigkeit des Hauptgebäudes an einer horizontalen Verbindung von unerschütterlicher Kraft zeigte. Sie in allen Ecken und Ecken, insbesondere aber vor dem Hauptgebäude und dem tiefen Schatten des Ehrenhofes große schwebende weiße und keine selbst prägnante farbige und gewisse Punkte verstreut und abstrahiert. Die Monumente und ihre Werkzeuge einfachheit gewohnt! Wirklich nicht durch die Schönheit eines Farben Schmuckwillens, sondern einer hilflosen künstlerischen Zustellung!

Der herrliche Zustand des Werkes aber ist von einem also ungewöhnlichen Standpunkt kann mehr als ein veraltetes Schlosserbuch Modell der alten Würzburger Residenz.

Es stellen die Behauptungen zu beweisen: Eine Menge von Arbeiten, zum Teil letzter zweifelsfrei, sind an der Fassade und den Innenwänden erschienen, manche aber auch ohne einen Namen, besonders in den Höfen, haben und die ohne einen Namen erschienen sind. In den Höfen jedoch an den Wandflächen der Würzburger (Fürsten-)Palais sind alle Arbeiten zum Teil durch die Jahrhunderte auseinander, die man sich nicht ohne weiteres erklären kann, weil aus dem Würzburger Hof herab, aus dem der Würzburger Hofherren gebildet ist. Diese Behauptung ist nur wahrhaftig aus dem veralteten Schlosserbuch heraus, in dem der moderne Reich und insbesondere der moderne Adel ganz gewöhnlich als Baumaterial steht.

Gaffadenbemalung mit zweifelsfreier Deutlichkeit. Das Herausheben der glühenden Architekturen ist eine allgemein und selbstverständliche Übung des 18. Jahrhunderts. Für den Anblick der Figuren und der dekorativen Plastik haben wir eine Menge zeitgenössischer Schriftstücke. Trotzdem keine Werkstücke erhalten sind, da die sämtlichen geistlichen Wappen und Embleme nach der Gaffadenbemalung abgehoben wurden, muß angenommen werden, daß die Wappenschilder polychrom behandelt waren. Das einfarbige Wappen ist ohne Zweifel eine Erfindung des Klassizismus und des 18. Jahrhunderts. Der Mangel einer besondern Erwähnung in den Quellen läßt sich daraus erklären, daß die Vielfarbigkeit der Wappen der Zeit eine absolute Selbstverständlichkeit war, und wenn Keimern von Wappen des Hauptgebäudes berichtet, daß es weiß angestrichen ist, so dürfte sich auch das auf den ornamentalen und figurlichen Wappenschildern, der das Giebelwerk füllt, beziehen, wobei die Vielfarbigkeit des Wappenschildes selbst wieder als etwas Selbstverständliches übergegangen worden sein dürfte.

Für eine Zeit, die ihre Gärten mit Figuren schmückte, die in die Porcellane“ grell buntfarbig bemalt waren, bedeutete schon die Verzierung auf Weiß und Gold bei den Wappstein eine hervorragende Zurückhaltung.

Das gewaltige Monument einer Zeit der höchsten architektonischen Kraft- und Produktivität wieder in seiner alten Lebenskraft aufzuheben zu lassen, muß die Tat einer mutigen Denkmalspflege des 20. Jahrhunderts sein. Dabei wird sie alle Regier aller Kunst mit ihrer verschwendlichen Fülle von Farbe und Gold zieren müssen, soll uns nicht das Dermal, das Historie und Stückwerk bleiben für immer. —

Theaterchronik. Die Vertreter des Berliner und des Hessener Opernvereins haben der Bühnengenossenschaft München in München eine Erklärung abgegeben, nach der in einer außerordentlichen Delegiertenversammlung allen berechtigten Wünschen der Mitglieder über Aufführung in den genossenschaftlichen Streitfragen stattgegeben und zu der Vertretungsfrage für das bestehende Genossenschaftspräsidium Stellung genommen werden soll. Von einer Urabstimmung, die von der Münchner Scharplatzversammlung gefordert wurde, könne dagegen keine Rede sein, da sie den Genossenschaftsstatuten widerspreche. Das Ausschussverfahren gegen die Angehörigen des „Scharplatzbundes“ wird durchgeführt. — Franz Werfels Dramen „Schweizer“ hatte bei der Aufführung im neuen Deutschen Theater in Prag einen von Akt zu Akt wachsenden Erfolg. In Magdeburg weiß man von Werfel so gut wie nichts! —

Todesfall. Im Alter von 60 Jahren starb in Berlin Dr. med. H. Rirke, der Erfinder der direkten, durch keinen Zwischenvermittler bewirkten Befruchtung des Kehlbaues und der Einführung der sogenannten Kufolipie. Seine 1895 durch den Reichstag gesetzlich anerkannte Arbeit bedeutete einen wichtigen Abschnitt in der Geschichtsbücherei. Rirke, ein geborener Berliner, war ein Schüler von Senator und ließ sich in Berlin 1887 als Arzt nieder. Mit 26 Jahren gab er den ärztlichen Beruf auf, um Maler zu werden. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. Januar 1923.

Der letzte Gang.

„Umsonst ist der Tod!“ So pflegt der Volkswund zu sagen. Das stimmt schon früher nicht ganz, aber jetzt ist schon gar nicht mehr daran zu glauben. Das Sterben, oder besser gesagt das Begraben werden, ist zu einer derartig kostspieligen Sache geworden, daß man sich den Tod in jeder Form solange wie möglich vom Hals halten muß.

Wir wollen einmal feststellen, wie hoch sich zum Beispiel in Magdeburg zurzeit die Kosten für ein Begräbnis belaufen. Das ist zuerst

Der Sarg.

Der einfachste Armenjarg, worin ein Erwachsener seine letzte Reise antritt, kostet heute 22 600 Mark. Ein ganz einfacher Kinderjarg 12 000 bis 14 000 Mark. Für einen gewöhnlichen Durchschnittsjarg ohne jeden Schmuck müssen 50 000 Mark und mehr aufgewendet werden.

Der Sarg.

Es müssen bis auf weiteres bezahlt werden für die billige Wahlgrabstelle 5000 Mark, für die mittlere 10 000 bis 15 000 Mark und für erstklassige 25 000 Mark.

Der Sarg.

Die Bestattungsgebühren stellen sich in der ersten Klasse auf 17 000 Mark, in der letzten auf 700 Mark. Für die Benutzung eines Leichenwagens müssen 3600 bis 2000 Mark gezahlt werden.

Der Sarg.

Erwägt man, daß alle diese Preise in absehbarer Zeit noch erheblich höher steigen werden, ohne daß die reinen Kosten damit gedeckt werden können, kann man verstehen, daß die einschlägigen Körperschaften unangekündigt daran arbeiten, dem Bestattungswesen andere Formen zu geben.

Vorlegungspflicht der Vermieter.

Ein Vorgang, der sich im alltäglichen Leben hundertfach wiederholt, scheint bei der Mietzahlung die größten Schwierigkeiten zu machen. Er betrifft die Vorlegung der Rechnungen pp., also der dokumentarischen Belege.

Der besagte § 546 des Bürgerlichen Gesetzbuchs: „Die auf der vermieteten Sache ruhenden Lasten hat der Vermieter zu tragen.“ Die Magistratsverordnung vom 23. Dezember hat dem Vermieter bezüglich der erhöhten Lasten aus Zinssteigerungen dieselben abgenommen und dem Mieter auferlegt.

Der besagte § 546 des Bürgerlichen Gesetzbuchs: „Die auf der vermieteten Sache ruhenden Lasten hat der Vermieter zu tragen.“ Die Magistratsverordnung vom 23. Dezember hat dem Vermieter bezüglich der erhöhten Lasten aus Zinssteigerungen dieselben abgenommen und dem Mieter auferlegt.

Der besagte § 546 des Bürgerlichen Gesetzbuchs: „Die auf der vermieteten Sache ruhenden Lasten hat der Vermieter zu tragen.“ Die Magistratsverordnung vom 23. Dezember hat dem Vermieter bezüglich der erhöhten Lasten aus Zinssteigerungen dieselben abgenommen und dem Mieter auferlegt.

Der besagte § 546 des Bürgerlichen Gesetzbuchs: „Die auf der vermieteten Sache ruhenden Lasten hat der Vermieter zu tragen.“ Die Magistratsverordnung vom 23. Dezember hat dem Vermieter bezüglich der erhöhten Lasten aus Zinssteigerungen dieselben abgenommen und dem Mieter auferlegt.

Der besagte § 546 des Bürgerlichen Gesetzbuchs: „Die auf der vermieteten Sache ruhenden Lasten hat der Vermieter zu tragen.“ Die Magistratsverordnung vom 23. Dezember hat dem Vermieter bezüglich der erhöhten Lasten aus Zinssteigerungen dieselben abgenommen und dem Mieter auferlegt.

Der besagte § 546 des Bürgerlichen Gesetzbuchs: „Die auf der vermieteten Sache ruhenden Lasten hat der Vermieter zu tragen.“ Die Magistratsverordnung vom 23. Dezember hat dem Vermieter bezüglich der erhöhten Lasten aus Zinssteigerungen dieselben abgenommen und dem Mieter auferlegt.

Zeugen gesucht.

In der Raubmordtatsache Wiedenbach werden weitere Zeugen gesucht, die über das Verhalten der Ermordeten, Aufschluß geben können, wie sie Kunden abgefertigt hat, die nach Lebensschluß zu ihr gekommen sind und Waren gekauft haben.

Der Kriminalpolizei wird von Zeugen berichtet, daß am Silbesternochmittag ein junger Mensch im Laden der Ermordeten erschienen sei und alte graue Kaufmannsweinsteine mit rotem Stempel gegen neue Scheine zum Umtauschen verlangt habe.

Die Gerichte, daß die Eheleute Mühlgrubert oder ihre Sohn und ihre auf Besuch hier weilende Tochter mit der Mordtat in Zusammenhang stehen, haben sich nicht befähigt. Vielmehr ist einwandfrei festgestellt, daß die Eheleute Mühlgrubert mit ihrer Tochter am Silbesternochmittag das Zentraltheater besucht haben.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Bezirk Wulfau. Am Mittwoch den 10. Januar, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung der Elternbeiräte und Funktionäre im Franke-Jugendheim.

Bezirk Sudenburg. Am Freitag den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr. Frauenabend im „Goldenen Löwen“.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer hält am Sonnabend den 13. Januar, nachmittags 1/2 5 Uhr, in der II. V.-M.-Schule, Leipziger Straße 46, ihre Generalversammlung ab.

Verbindliche Tarifverträge im Transportgewerbe. Die Tarifverträge für das Handelspersonal in den Magdeburger Handelsbetrieben für den Monat Oktober sowie der Verträge für die Schwerkraftbetriebe und Kohlenhandlungen für den Monat November ist von der Reichsarbeitsverwaltung in Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden.

Lohnbewegung im Handels- und Transportgewerbe. Vom Verkehrsverband wird mitgeteilt: Allen Mitgliedern des Verkehrsverbandes, welche an der allgemeinen Lohnbewegung im Handels- und Transportgewerbe beteiligt sind, bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch über die Neuordnung der Löhne für den Monat Januar von einer am Montag den 8. Januar stattgefundenen Funktionärerversammlung angenommen worden ist.

Zur Lohnbewegung in der Holzindustrie. Der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch für die Kistenfabriken, Schneidemäßen, Möbelfabriken und die Firma Schäfer u. Co. ist vom Arbeitgeberverband angenommen und damit die Lohnfrage für Januar erledigt.

Kunst und Künstler. Das ist der Gedanke, welcher der diebstahlreichen Auslage der Buchhandlung Volksstimme zugrunde liegt. Farbige Bilder, Schwarzdrucke, Industriebilder, kleinere Gemälde in Öl, alles was das Zimmer und den Arbeitsraum schmückt an Stelle des vielen Hunderts, der sich jetzt oft noch auf „Verloren“ und „Sektieren“ vorfindet, ist hier gezeigt.

Eine Uebertreibung. Die „Tribüne“, Weltorgan der kommunistischen Partei, hat sicher das Recht, politische Verurteilungen zu produzieren. Kein Mensch, der Sinn für Humor besitzt, behauptet der „Tribüne“ dieses Recht. Sie könnte ja nicht leben, wenn sie nicht diese Art Politik machte.

Betrachtungen anzustellen. Aber es ist doch eine Uebertreibung in der Verwirklichung, diese Arbeitsgemeinschaft auf die Uebertreibung zurückzuführen. Wir glauben ja der „Tribüne“, daß sie Mühe geben muß, möglichst viel Wahrheit in der Arbeiterkraft anzuheben.

Krankenkassen in Not. Eine Anzahl deutscher Ortskrankenkassen hat sich an den Reichsfinanzminister und den Reichsarbeitsminister um Gewährung Darlehens zur Herabsetzung der Beiträge gewandt, wegen augenblicklicher Geldnot, hervorgerufen durch die hintereinanderfolgende Erhöhung der Grundbesitz- und Einkommensteuern.

Gestohlen wurden aus einem Korridor am Seebad ein dunkelblauer Damenmantel mit schwarzem Krimmerkragen, ein braunlicher Raglan-Damenmantel, ein hellgrüner, grün besetzter Damen-Schiffsmantel, ein schwarzer Muff; aus einer Vadeanstalt an der Alten Elbe ein Fernsprechapparat; aus einem Keller in der Bülowstraße eine 10-Liter-Flasche mit Kornschnaps und 40 Flaschen Cognac.

Zwischenklieb. Zwei Arbeiter wurden wegen Uebertreibung von Laube festgenommen. Sie stahlen, was sie an Kleinvieh, Dachrinnen und brauchbarem Laubenschnitt fanden und bezogen bei ihren Streifen besonders das Gelände an der Blumenfelder Chauffee und Hindenburgstraße.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg. Baden im Büchelbad am Sonnabend von 7 bis 8 Uhr. Eintritt 60 Mark. Zahlreicher Besuch ist notwendig. Leitung: Schmidt und Renz.

Theater, Konzerte, Vorträge etc. Städtische Theater. Stadttheater. Mittwoch Theaterkonzert. Donnerstag (6. Abend): Der Vetter aus Dingsda. Freitag (7. Abend): Fribelin.

Ein Fluchtversuch Tschow. Der Kathenanwörter Tschow hat wie erst jetzt bekannt wird, vor 14 Tagen einen Fluchtversuch aus dem Justizhaus Sonnenburg unternommen. Unterstützung fand er bei einem früheren Fliegeroffizier namens Schauer.

Kleine Chronik.

Ein Fluchtversuch Tschow. Der Kathenanwörter Tschow hat wie erst jetzt bekannt wird, vor 14 Tagen einen Fluchtversuch aus dem Justizhaus Sonnenburg unternommen.

Eine Raubentragödie. Vor einigen Tagen hielt ein Einwohner von Prödel in der Stadt auf eine Weise, die seitwärts der Landstraße im Gehbüsch verborgen lag. Es war ein etwa zehn-jähriger Knabe, der eine schwere Schürperletzung im Kopf erlitten hatte.

Eine schwere Explosion in Effen. Bei der Friedrich-Gruppe-Arbeitsgemeinschaft in Effen explodierte nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ein Sprengstoffapparat, wobei acht Arbeiter schwer verletzt wurden. Zwei sind nach kurzer Zeit ihren Verwundungen erlegen.

Seruntreuerungen im Zoppoter Kasino. Bei dem „Panna Carlo der Diffe“, dem Zoppoter Spielkasino, ist man erheblichen Unregelmäßigkeiten auf die Spur gekommen. In einem der letzten Abende wurden plötzlich 17 Angehörige des Kasinos unter dem dringenden Verdacht, sich Unrechtfertigkeiten und Durchbrechungen schuldig gemacht zu haben, von der Zoppoter Kriminalpolizei festgenommen und einer Vernehmung unterzogen.

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Neuhaubensleben.

Gegen die Grubenbesitzer.

Der Verband der Bergarbeiter schreibt uns: „Die am Sonntag in Schöningen auf einer Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands versammelten Betriebsräte und Vertrauensleute des Helmstedt-Schöninger Braunkohlenreviers protestieren aufs lebhafteste gegen die Verschleppung der Lohnverhandlungen seitens der Unternehmer und geben ihrer Entrüstung Ausdruck, daß es nicht gelingen wird, einen auf Grund der amtlichen Zeugnisschriften ermittelten Lohn zu erhalten.“

Gilsleben. Sprechtag. Am Donnerstag den 11. Januar findet im Gemeinderat von nachmittags 1/3 bis 7 Uhr ein Sprechtag für Rat- und Anweisungsberechtigten statt.

Neuhaubensleben. Die Einweihung der neuen Kleinkinderbewahranstalt fand in Anwesenheit von Vertretern der städtischen Behörden und des Stadtvorordnetenkollegiums statt. Stadtbaurat Fiedler übergab das neue Institut der Stadtverwaltung und hob hervor, daß trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage der Bau vollendet werden konnte.

Kreis Wanzleben.

Egeln. Schreierarbeiterverein. Eine Denkschrift des Vereins an die Regierung zur Überlassung weiteren Ackerlandes von der Domäne wurde abgelehnt.

Langensalza. Die Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins war schwach besucht. Zum Vorstand wurden wiedergewählt H. Nisse als 1. Vorsitzender, als sein Stellvertreter Karl Müller, als Schriftführer Hermann Schopf.

Kreis Seebitz 1 und 2.

Burg. Eine Kollisionsammlung der Betriebsräte findet am Freitag abend 7 Uhr in der Ködiker-Volkshaus-Spieldarstellung statt.

Zur Chronik von Griesshuns.

Rosale von Jacobus Storm.

(12. Fortsetzung.)

Zweites Buch.

Das schreckliche Jahrgebend war wieder, es lagen unter dem Schnee die Leichen. Die Leute hatten keine Hoffnung mehr, es gab keine Hilfe mehr. Die Kinder starben an Hunger und Kälte. Die Eltern sahen zu, wie ihre Kinder starben, aber sie konnten nichts machen.

Fragen der Arbeitsförderung und Entlassungen werden. Der Vortrag ist von großer Wichtigkeit; es ist daher Pflicht aller Betriebsleiter pünktlich zu erscheinen.

Kreis Kalbe.

Kalbe. Eine Rotgemeinschafterin ist durch einmütigen Beschluß aller Berufsbahnde und Wohlfahrtsvereinigungen unserer Stadt beurlaubt worden. Die Vertreter des Gewerkschaftsrates, der Kaufmannschaft und anderer Berufsvereinigungen versprachen tatkräftige Unterstützung.

Freitag-Börse. Gemeindevorsteher-Sitzung. Die Beiträge für den Krüppelfürsorgeverein wurden auf 150 Mark für Vierteljahr erhöht.

Ackerleben. Die landwirtschaftliche Kreisarbeitsgemeinschaft hat neue Pläne festgesetzt. Von diesem Jahre an werden keine Deputatslohn und kein Kohlend tarflich mehr gewährt. Dafür werden den Arbeitnehmern die damit einhergehenden 15 % A. vom Arbeitslohn abgezogen.

Stadtkreis Akerleben.

Akerleben. Die landwirtschaftliche Kreisarbeitsgemeinschaft hat neue Pläne festgesetzt. Von diesem Jahre an werden keine Deputatslohn und kein Kohlend tarflich mehr gewährt.

Volkssport.

Handball.

V. f. B. I gegen Sportklub Burg I (Erstaufl. 3:0 - 3:2, 2. Aufl. 3:0). Gesamte Mannschaft. Handball im Freundschaftsspiel auf dem Stadion.

Bereits-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbestellung, die Seite 80.00 Mark, aufgenommen. Gew. d. Ang. (G. B. U.) Mittwoch, 10. Jan., 8 Uhr. Abt. Saal Abt. 9.

Warenmärkte.

Table with columns: Produkte, 50 Kilogramm Markt, Produkte, 50 Kilogramm Markt. Lists various goods like wheat, oil, and sugar with their market prices.

Wasserstände.

Table with columns: Ort, Stand, Datum. Shows water levels at various locations like Dresden, Regensburg, and others.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 10. Januar: Wechselnde Bewölkung. Kälter. Nachlassen der Niederschläge.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volkstimme.

Der Bezug kann durch Benutzung von Zeitschriften der Volkstimme erleichtert werden. Schlußheft des Vortragsbuches der deutschen Buchhändler, J. 600.

Fay's ächte Sodener Mineral-Pastillen

seit nahezu 40 Jahren bestens bewährt gegen Husten, Heiserkeit und Verschleimung in neuer hygienischer Verpackung.

„Der Verwalter; der wird's doch wissen!“ Der Oberst lachte: „Das wohl, er hat die Herrin nicht ins Haus gewollt!“ Sie wurde dunkelrot und sprach: „Das dünne Haar dich von den Schläfen: „Nein, nein; Du glaubst mir immer nicht!“

Verbraucher abzuwälzen. Der Arbeitsmarkt aber weist bereits Störungen auf.

So ist die wirtschaftliche Lage verworrener als je, und erst in den nächsten Tagen mit ihren wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen werden zeigen, wohin der Kurs geht.

Das Volksbegehren.

Die Weimarer Verfassung sieht im Artikel 73 das sogenannte Volksbegehren vor. Danach ist durch den Reichspräsidenten ein Volksentscheid herbeizuführen, wenn ein Zehntel der stimmberechtigten deutschen Reichsbürger das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzesentwurfs stellt. Dem Volksbegehren muß ein ausgearbeiteter Gesetzesentwurf zugrunde liegen; er ist an die Reichsregierung zu richten. Diese Verfassungsbestimmung soll jetzt zum erstenmal in Deutschland in Wirksamkeit treten. Der Reichstag für Siedlung und Pachtung in Berlin hat bei der Reichsregierung einen Gesetzesentwurf seines Vorstehenden Goeßl eingebracht und die Zulassung eines Volksbegehrens zugunsten dieses Gesetzes beantragt.

Nach dem Goeßl'schen Entwurf soll jeder, der an Land, Wäldern und Wald mehr als zwei volle Ackerabteilungen besitzt, verpflichtet sein, ein Drittel der die zweite Ackerabteilung übersteigenden Fläche ohne Entschädigung an den Staat abzutreten. Das abgetretene Land soll bis zum Umfange einer Ackerabteilung an solche Familien in Erbpacht gegeben werden, die noch kein Land oder keine volle Ackerabteilung besitzen. Abgetretener Wald soll vom Staat verwaltet werden. Der Begriff Ackerabteilung, der bereits im Reichssteuergesetz enthalten ist, ist eine veränderliche Größe und bezeichnet das Stück Grund und Boden, das jenseits notwendig ist, um eine Familie zu ernähren.

Da die formellen Voraussetzungen vorliegen, hat der Reichsminister des Innern diesem ersten Zulassungsantrag zum Volksbegehren stattgegeben und den eingereichten Gesetzesentwurf im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Doch hat sich die Reichsregierung den Gesetzesentwurf keineswegs zu eigen gemacht. Vielmehr wird auf die bisherigen Erfolge auf dem Gebiete der Siedlung auf Grund des Reichssteuergesetzes von 1919 hingewiesen, wonach in Preußen z. B. bis Ende 1921 4447 neue Ansiedlungen mit 42 950 Hektar Fläche geschaffen und 53 411 Hektar zur Seibung von 54 762 Kleinbetrieben verwandelt worden sind.

Der Reichsminister des Innern hat bisher also nur den Reichstag für Siedlung und Pachtung ermächtigt, in allen Gemeinden des Reiches Listen aufzulegen, in die sich die Anhänger des Gesetzesentwurfs eintragen können, damit der Reichstag die Möglichkeit hat, den in der Reichsverfassung vorgesehenen Nachweis zu erbringen, daß ein Zehntel der stimmberechtigten den Gesetzesentwurf vorgelegt wissen will. Die Listen sollen im Laufe des Monats Februar aufgelegt werden. Sollte die notwendige Stimmenzahl tatsächlich aufgebracht werden, so muß die Reichsregierung den beantragten Gesetzesentwurf unter Vorlegung ihrer Stellungnahme dem Reichstag unterbreiten.

„Unverfälschter“ Klassenkampf.

Die Ledebour-Gruppe gibt seit dem 1. Januar eine Tageszeitung heraus, die den Namen „Werk“ trägt. Die Herstellung des Organs erfolgt in einer kleinen bürgerlichen Druckerei in Berlin-Neukölln, die auch eine bürgerliche Zeitung, die „Neuköllnische Zeitung“, ein ausgesprochen sozialistenfeindliches Organ, festhält.

Sehr oft muß die sozialistische Mehrheit des Verwaltungsbereichs die schärfsten ungerechtfertigten Angriffe durch dieses Organ über sich ergehen lassen. Im besondern führt das Blatt den Kampf gegen die kommunifizierten Betriebe Neuköllns. Das alles aber wäre noch verständlich; denn unter den heutigen Verhältnissen ist es eine Unmöglichkeit, daß eine Parteigruppe eine eigene Druckerei unterhalten kann.

Aber Herr Ledebour leidet sich mehr! Sein Organ übernimmt nämlich täglich nicht nur die Inserate, sondern auch fast den gesamten Text aus dem genannten antisozialistischen Organ. Nummer 8 des „Werk“, die insgesamt nur sechs Seiten umfaßt, besteht aus einer Seite zusammengekauften Materials, die übrigen fünf Seiten sind der in dem gleichen Betrieb hergestellten gemerischen Presse ohne jede Anmerkung entnommen.

Das ist der „reine, der unverfälschte Klassenkampf Ledebours.“

Aufbau der Arbeiterinternationale.

In der Sonnabendabteilung des Organisationskomitees der zweiten Internationale und der Wiener Arbeitergemeinschaft erfolgte die endgültige Formulierung des Aufrufs zum internationalen Einigungskongress in Hamburg, der folgenden Wortlaut hat:

In die sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder! Die sozialistische Internationale ist durch den Krieg zerstört worden. In ihre Stelle sind einerseits isolierte sozialistische Parteien, andererseits Gruppierungen von Parteien getreten, die nur Teile des Gesamtproletariats repräsentieren.

Dieser Zustand der organisatorischen Zersplittertheit hat die schwersten Folgen. Er behindert die Kampffähigkeit des Proletariats und er vertieft die Gegensätze in den Anschauungen über die Kampfbedingungen und Kampfmöglichkeiten der nächsten Zukunft.

Bei der gegenwärtigen weltpolitischen Lage bedeutet dieser Zustand der Zersplittertheit für die Arbeiterklasse eine Gefahr, die aus Leben greift. Unter dem unumkehrlichen Zwange der Ereignisse tritt daher immer stärker der Wille der Arbeiter hervor, alle klassenbewußten proletarischen Parteien in gemeinsamen Aktionen zu verbinden. Dabei ist es jedoch klar, daß das Ziel einer proletarischen Arbeiter-Internationale, die gleichzeitig das Ideal der Allumfaßtheit und das der programmatischen Einheit

nicht mit einem Schlag erreichbar ist, sondern nur das Ergebnis langer und unermüdlicher Arbeit sein kann.

Während der letzten Jahre des Weltkriegs und der ersten Jahre nach dem Waffenstillstand sind in den Reihen der Sozialisten tiefgehende Gegensätze sowohl über die Methoden der Aktionen als auch über die Ansichten der revolutionären Entwicklung des proletarischen Emanzipationskampfes in Erscheinung getreten.

Heute aber befinden wir uns in einer vollständig andern Phase der Entwicklung. Sowohl auf politischem wie auf ökonomischem Gebiet verläuft die Reaktion von Tag zu Tag ihre Angriffe. Die allgemeine Offensive der Bourgeoisie findet ihren ausgeprägtesten Ausdruck in dem blutigen Vorstoß-Regiment in Anagni, in dem siegreichen Faschismus in Italien und im Faschismus in Deutschland. In dieser Situation ist es

die Hauptaufgabe des Proletariats, alle seine Kräfte zu konzentrieren, um den reaktionären Hindernissen der Bourgeoisie in geistiger und kräftiger Abwehrfront entgegenzutreten. Ständen die bergangehenden Jahre im Zeichen der Differenzierung, so haben wir heute in den Reihen der Sammlung der Arbeiterklasse. Am anschaulichsten haben sich diese beiden Phasen in dem Schicksal der sozialistischen Parteien Deutschlands gezeigt. Aber auch in nahezu allen Ländern ist der Wiederatomisierung heute bereits erfolgt oder mindestens sehr nahegerückt.

Nur jene Parteien und Parteigruppen, die sich Komunisten nennen, arbeiten bewußt dem Einigungskongress des Proletariats entgegen, wollen die Meinungsgegenstände nicht innerhalb des Rahmens des Gesamtproletariats austragen, sondern sind zu jeder Sprengung kampffähiger Massenorganisationen bereit, wenn auch nur die kleinsten Vorteile für eine kommunistische Fraktion oder für die Moskauer Regierungspolitik erreichbar scheint. In diesem Geiste

haben die Moskauer Führer

im entscheidenden Augenblick den Versuch der Einberufung eines Arbeiter-Weltkongresses durch die Exekutiven von London, Moskau und Wien zum Scheitern gebracht. Seitdem sind die Schwierigkeiten für eine Verständigung mit der Moskauer Exekutive durch die terroristischen unaufrichtigen Verfolgungen russischer Sozialisten immer größer geworden. Es ist müßig, heute darüber Prophetieungen zu versuchen, ob die Vereinigung des Gesamtproletariats auf einem einzigen Kongress nur möglich sein wird, wenn die Kommunisten sich von dieser verkehrten Taktik gegenüber den sozialistischen Parteien abwenden oder wenn die kommunistischen Gruppen, wie es in manchen Ländern heute schon der Fall ist, tatsächlich absterben. Auf jeden Fall ist die Möglichkeit, einen Arbeiter-Weltkongress in Gemeinschaft mit der Moskauer Exekutive einzuberufen, auf lange Zeit geschwunden.

Nach den Erfahrungen beim Scheitern der Berliner Konferenz im Mai 1922 blieb kein anderer Weg offen, um den notwendigen Ziele der Kampffähigkeit näherzukommen, als die Einberufung eines internationalen Kongresses der sozialistischen Arbeiterparteien.

Dieser Situation entsprechend haben die internationalen Exekutiven von London und Wien das unterzeichnete Komitee mit dem Auftrag eingesetzt, die Vorarbeiten für

einen internationalen sozialistischen Arbeiterkongress

zu treffen, der in Hamburg im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57 (Am Ostbahnhof), am 21. Mai 1923, 10 Uhr vormittags, beginnen und voraussichtlich 6 Tage dauern wird. Das Komitee hat sich in eingehenden Beratungen in Köln am 5. und 6. Januar mit der Organisation dieses Kongresses beschäftigt und schlägt folgende provisorische Tagesordnung vor:

1. Der imperialistische Friede und die Aufgaben der Arbeiterklasse.
2. Der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion.
3. Die Aktion der sozialistischen Arbeiterparteien für den Achtstundentag und die internationalen sozialen Reformen.
4. Die Organisation des internationalen Proletariats.

Das Komitee wird Ende März seine Entschlüsse zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und die Anträge von den Parteien veröffentlichen, die bis zum 10. März 1923 bei Tom Skan, 25, Victoria Street, London SW, oder bei Friedrich Adler, Wien V, Rechte Wiegengasse 17, eingekommen sind.

In die gleiche Weise ist bis zum 10. März die ungefähre Zahl der Delegierten mitzuteilen. Als Richtschnur hat das Organisationskomitee angenommen, daß auf 1000 Parteimitglieder ein Delegierter entsandt werden kann und die Höchstzahl der Vertreter jedes Landes auf 50 beschränkt wird.

Der Neuaufbau der Internationale

kann nicht das Werk eines Komitees oder einer einzelnen Parteigruppe sein. Er muß hervorgehen aus dem Anpassungsprozeß der sozialistischen Parteien aneinander. Dieser Anpassungsprozeß, der in dem geistigen Ringen und Uebereinkommen der Auffassungen erwartet werden muß, bedarf der Zeit. Die internationale Organisation der Arbeiterklasse kann daher in dem Moment ihres Entstehens nicht das Ergebnis der prinzipiellen Uebereinkommen aller in ihr vertretenen Parteien sein. Sie ist aber eine der wichtigsten Voraussetzungen, um einer solchen Uebereinkommen näher zu kommen. In dem die proletarischen Parteien ihre Erfahrungen austauschen, indem sie sich bemühen, durch tatkräftige gemeinschaftliche Arbeit ihre

Uebereinkommen über die Ziele

und Methoden der internationalen Arbeiterbewegung innerlich in die Praxis umzusetzen, werden sie in immer weitem Umfang die notwendige Basis für gemeinsame Aktionen des Proletariats schaffen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, kann es nicht die Aufgabe der Einberufung des internationalen Kongresses sein, die Arbeit der künftigen internationalen Organisation vorwegzunehmen, sondern sie muß sich darauf beschränken, jene Gesichtspunkte zu kennzeichnen, die praktisch den Kreis von Parteien abstecken, die sich zu einer Zusammenarbeit, die positive Ergebnisse verspricht, vereinigen können. Das unterzeichnete Komitee ladet daher zu dem Hamburger Kongress alle sozialistischen Arbeiterparteien ein, die

1. in der Vereinfachung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse erkennen,
2. in der Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die durch den internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam) repräsentiert wird, ein unumgängliches Erfordernis zur erfolgreichsten Führung des Klassenkampfes anerkennen,
3. die Resolution des Haager Weltfriedenskongresses (1922) über „Ausführung der Aufgaben der Arbeiterklasse im Kampf für den Frieden“ als gegenwärtige Basis für den Kampf gegen die Kriegspartei betrachten und die Notwendigkeit anerkennen, zu einer vollständigen Klarstellung über das Verhalten der proletarischen Parteien während eines Krieges zu gelangen.

4. die internationale Organisation nicht nur als Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso als ein unentbehrliches Instrument während eines Krieges anerkennen.

5. nach der Gründung einer sozialistischen Internationale keiner außerhalb dieser sozialistischen Internationale bestehenden politischen internationalen Vereinigung angeschlossen und die Resolutionen dieser sozialistischen Internationale als bindend für sich anerkennen wollen.

Alle Parteien, die gewillt sind, an der Arbeit und unermüdlichen Arbeit mitzuwirken, die notwendig ist, um das Proletariat für gemeinsame internationale Aktionen vorzubereiten, hoffen wir auf dem Hamburger Kongress vertreten zu sehen.

Das Sekretariat der sozialistischen Exekutiven zu London u. Wien.
geg.: Abramowitzki, Friedrich Adler, Bracke, Crispin, Tom Shaw, Stauning, Randerwede, Wallhead, Wels.

Dollar Amtliche Notiz vom **10300 Mark**
Montag 9426
Dienstag mittags zirka

Notizen.

Urlaubsverlängerung für Beamte? Im Reichsministerium des Innern haben laut „Berliner Tageblatt“ Besprechungen mit den Gewerkschaften über die Frage der Urlaubsverlängerung stattgefunden, die für alle Dienstgrade und Dienstalter drei Tage umfassen und bereits in diesem Jahr eintreten soll. Der Minister begründet die Maßnahme mit einer großen finanziellen Ersparnis für das Reich und durch die Arbeitsverlängerung, die durch die beabsichtigte Kürzung eintreten würde. Die Gewerkschaftsvertreter erhoben gegen eine Urlaubsverlängerung Einspruch, da bei der schlechten Ernährungslage eher eine Urlaubsverlängerung nötig sei. Eine endgültige Entscheidung in dieser Frage wird der Reichsminister des Innern treffen.

Der Schiedsspruch im Bergbau. Am Montag wurden im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über die Neuregung der Bergarbeiterlöhne fortgesetzt. Die Unternehmer verweigerten sich vor auf ihrem Standpunkte, die Lohnerhöhungen erst am 15. Januar in Kraft treten zu lassen, während die Arbeitnehmer

schon für die Zeit ab 1. Januar fordernten. Unter diesen Umständen sah sich das erste Schiedsgericht genötigt, seine Arbeit einstellen. Die im Anschluß hieran stattfindenden Einzelbesprechungen zwischen den Beteiligten führten bis 8 Uhr abends zu keinem Ergebnis. Im Hinblick auf die gesamte Lage im Ruhrgebiet wurden die Verhandlungen jedoch fortgesetzt, um noch im Laufe der kommenden Nacht eine Entscheidung herbeizuführen. Um 9 Uhr wurde schließlich ein Schiedsbericht folgenden Inhalts gefaßt: Die Bergarbeiter im Ruhrrevier werden ab 1. Januar um durchschnittlich 700 Mark pro Schicht einschließlich Sozialversicherung erhöht. Vom 12. Januar tritt eine weitere Lohnerhöhung von 1000 Mark pro Schicht in Kraft. Die Parteien behalten sich insolge der schwankenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse das Verhandlungsrecht eventuell für Neuregung der Löhne im Januar vor. Weiter ist vereinbart, daß die ab 1. Januar ab fällige Lohnerhöhung bei der nächsten Abschlagszahlung zur Auszahlung gelangt.

Safenarbeiterstreik in Stettin. Die Stettiner Safenarbeiter haben am 8. Januar wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Ende Dezember forderten die Arbeiter bereits eine Erhöhung ihrer Löhne um 50 Prozent. Diese Forderung lehnten sowohl die Unternehmer wie der Schlichtungsausschuß ab. Am Sonnabend stellten die Safenarbeiter die Forderung, für die Abschichtung bestimmter Dampfer ihre Stundenlöhne um 30 Prozent zu erhöhen.

Der beendete Hungerstreik. Der Hungerstreik in der Dresden-Berliner Versorgungsanstalt Ostbahnhof ist auf dem Verhandlungswege beigelegt worden. Die Anführer der Anstalt erwiderten, daß ihnen eine Morgenkaffee und eine Milchsuppe bewilligt wurden. Im Versorgungsanstaltenhaus Leipzig-Gohlis, von wo die Bewegung ausging, ist es zu einem Streik nicht gekommen. Das Taschengeld für die Versorgungsanstalten ist für das ganze Reich inzwischen erhöht worden, so daß einer der Hauptgründe für den Streik wegfällt.

Zigarrenindustrie. Die Verhandlungen über die Januarlöhne in der deutschen Zigarrenindustrie sind gescheitert. Die Arbeitgeber lehnten die Forderungen der Zigarrenarbeiterverbände ab und weigerten sich, irgendwelche Ermehle zu machen. Von den Zigarrenarbeiterverbänden ist das Reichsarbeitsministerium angerufen worden. In keinem Betrieb dürfen irgendwelche Sonderabmachungen getroffen werden.

Ludwig Baigand (Bremen) gestorben. In der Nacht zum Montag entfiel nach kurzer heftiger Erkrankung der Junges Reichstagsabgeordneter Genosse Ludwig Baigand (Bremen). Er war im Jahre 1866 in der Nähe von Witzling geboren, erlernte das Buchbinderhandwerk und schloß sich früh seiner Gewerkschaft an, der er über 30 Jahre angehört hat. Früh schon wurde er auch Parteimitglied. Seine Kraft und Anlagen erkennend, wählte ihn die Partei in die Bremer Bürgerwehr, der er seit 1903 angehört hat. 1912 wählten ihn die Bremer Parteigenossen zum Parteisekretär, und seit den Wahlen von 1920 gehörte er auch dem Reichstags an. Überall hat er mit vorbildlichem Eifer und Fähigkeit die Sache der Arbeiterschaft vertreten. Er war einer der still, aber emsig Schaffenden. Sein Nachfolger im Reichstags wird Landtagsabgeordneter Genosse Hubert (Cranbich) sein.

Ballar Schabenerlag für die „Lustania“. Die Schabenerlag-Kommission ist formell davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Deutschland bereit ist, für die Zerschlagung der „Lustania“ dessen Schabenerlag zu leisten. Dieser Schabenerlag soll nicht den Zinsen an die Beteiligten aus dem Erlös aus dem Kriegsausbruch beizulagenden deutschen Gütern ausbezahlt werden.

Die bairische „Einheitsfront“. In einer von den bairischen Vereinen München veranstalteten Versammlung sprach der Reichspräsident von Oberbayer, Dr. v. Kahr, und der Ministerpräsident Nilling. Später sprach General Ludendorff und der Führer der Nationalsozialisten, Hitler. Dieses gemeinsame Auftreten von Nationalsozialisten und bairischen Regierungsmännern zeigt der Welt die Interessengemeinschaft dieser „Schwammkuchen“. Ihr Ideal ist die Diktatur nach italienischem Muster.

Depeschen.

Kufmarz mit schwerer Artillerie.

Ab. Berlin, 9. Januar. In Duisburg fand im Laufe der Nacht und Dienstag mittags mehrere französische Truppenkämpfe statt. Die Truppen werden im Laufe des Tages folgen. In der Gegend von Neuf sind schwere Artillerie und Pioniere eingetroffen. (Siehe Leitartikel.)

38 Züge unterwegs.

Ab. Gießen, 9. Januar. Wie die Eisenbahndirektion aus zuverlässiger Quelle erfährt, sind von Mainz 38 Züge mit französischen Truppen abgegangen, die gestern auf Stationen bei und in Müllheim und Duisburg lagen.

Amerika sucht zu vermitteln.

Ab. London, 9. Januar. „Daily Chronicle“ meldet aus Neuport, die Vereinigten Staaten hätten Frankreich eine neue Gelegenheit für eine Regelung des Reparationsverhältnisses geboten. Gestern sei amtlich im Staatsparlament mitgeteilt worden, daß der Plan bezüglich eines Sachverständigen-Ausschusses zur Festlegung des Betragenden Deutschland zu bezahlen in der Lage ist. Poincaré unterbreitet worden ist. Die Entscheidung des Ausschusses werde die Grundlage für ein zukünftiges alliiertes Uebereinkommen bilden. Die französische Regierung habe um weitere Einzelheiten ersucht, die für auch übermittelt worden seien.

Weiter berichtet dazu noch aus Washington, es verlange, daß der amerikanische Vorschlag bezüglich der Regelung der Reparationsfrage, wie er in der Rede des Staatssekretärs Hughes in Newhaven auseinandergesetzt und durch offizielle Kanäle übermittelt wurde, vom Staatsdepartement als entscheidend angesehen wird.

Eine weitere Neuentdeckung besagt, diese Information sei anscheinend ausgegeben worden, damit das amerikanische Volk wissen solle, daß die amerikanische Regierung keine Gelegenheit verloren habe, danach zu streben, der europäischen Krise zu begegnen, u. a. dadurch, daß sie Frankreich die Mittelung aufkommen ließ, daß die Annahme des amerikanischen Planes möglicherweise zu einer wirtschaftlichen Unterbrechung Europas durch die Vereinigten Staaten führen könne.

Ab. Paris, 9. Januar. Wie die „Chicago Tribune“ aus Washington berichtet, wird dort angenommen, Präsident Harding werde es ablehnen, die Truppen am Rhein im jetzigen Augenblick zurückzuziehen, weil er befürchte, daß er eine neue Verwicklung der Reparationsfrage herbeiführen könne, solange der endgültigen Entscheidung Frankreichs über das Angebot des Staatssekretärs Hughes entgegengehehen werde.

Der erste Tag.

Ab. Paris, 9. Januar. Der „Rein Parisien“ nennt den heutigen Tag den ersten, den man seit der Besetzung von Frankfurt a. M. gekannt habe. Es sei wahrscheinlich, daß die Reparationskommission noch heute die deutsche Verfehlung bei den Kohlen- und Rostlieferungen feststellen werde und daß mit dieser neuen Entdeckung ausgerichtet, Frankreich sich vollkommen berechtigt glauben werde, gegen den Schuldner vorzugehen.

Die englischen Schulden an Amerika.

Ab. London, 9. Januar. Neuter meldet aus Washington: Bei der Eröffnung der englisch-amerikanischen Fünfundzwanzigjährigen Schatzkanzler Mellon den britischen Delegierten. Der britische Schatzkanzler Baldwin sagte in seiner Erwiderung, Großbritannien wünsche eine geschäftsmäßige Regelung seiner Schuld von 5 Milliarden Dollar auf Grund von Bedingungen, die die englisch-amerikanischen Handelsbeziehungen so wenig wie möglich beeinträchtigen könnten.

